

Information gemäß Art. 13, 14 der Datenschutz-Grundverordnung für die Überwachung des Ruhenden Verkehrs

Datenschutzinformationen

Stadtverwaltung	Mengen, Bürgerbüro
Verantwortlicher nach Art. 4 Nr. 7 DSGVO	<p>Bürgermeister Stefan Bubeck Hauptstr. 90, 88512 Mengen Tel. 0 75 72 / 607 – 0 info@mengen.de</p> <p>Stv. Bürgermeister Georg Bacher Hauptstr. 90, 88512 Mengen Tel. 0 75 72 / 607 – 0 info@mengen.de</p>
Behördliche Datenschutzbeauftragte	<p>Ulrike Eben Datenschutzbeauftragte der Stadt Mengen Hauptstr. 90, 88512 Mengen datenschutzbeauftragte@mengen.de</p>
Zweck(e) der Datenverarbeitung, Rechtsgrundlagen	<p>Überwachung und Einhaltung des allg. Ordnungsrechts (Gefahrenabwehr, Kriminalprävention) sowie Verfolgung von Parkverstößen nach der Straßenverkehrsordnung (ruhender Verkehr). Im Vordergrund steht die öffentliche Sicherheit und Ordnung:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Verarbeitung ist für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt (Art. 6 Abs. 1 DSGVO) - Ordnungswidrigkeitengesetz (OWiG) - Strafprozessordnung (stopp) - Straßenverkehrsgesetz (StVG) <p>Bundeseinheitlicher Bußgeldkatalog (BKat)</p>
Dauer der Speicherung	<ul style="list-style-type: none"> • Die erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass die Stadt nach Artikel 6 Abs. 1 S.1 DSGVO aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus HGB, StGB oder AO) zu einer längeren Speicherung verpflichtet ist oder Betroffene in eine darüber hinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 DSGVO eingewilligt haben. • Es gelten die Vorgaben der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) und die gesetzlichen Grundlagen der jeweiligen Verwaltungsstellen
Empfänger oder Kategorie von Empfängern der Daten (Stellen, denen die Daten offengelegt werden)	<p>Interne Weitergabe bei der Stadt Mengen soweit dies durch eine Rechtsvorschrift erlaubt ist bzw. die Zweckbindung der Datenerhebung bestehen bleibt, außerdem zum Vollzug der Maßnahmen (insbesondere Stadtkasse).</p>

	<p>Externe Weitergabe an</p> <ul style="list-style-type: none"> • Fahrzeughalter • Kraftfahrtbundesamt • Finanzamt, Zollämter, Gerichte, Landkreis, Amtsgericht, Staatsanwaltschaft <p>Polizei</p>
Betroffenenrechte	<p>Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte:</p> <p>a) Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DS-GVO).</p> <p>b) Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Artikel 16 DS-GVO).</p> <p>c) Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Artikel 17 DS-GVO zutrifft.</p> <p>Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17 Absatz 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 DS-GVO.</p> <p>d) Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen der Meldebehörde gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Artikel 18 Absatz 1 lit. b, c und d DS-GVO). Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.</p> <p>e) Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Artikel 21 DS-GVO).</p> <p>Nähere Informationen zum Widerspruchsrecht nach dem Bundesmeldegesetz können den Hinweisen auf dem Meldechein entnommen werden.</p>
Datenquelle	Die Daten werden aufgrund gesetzlicher Grundlagen zur Sicherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erhoben.
Widerruf bei Einwilligungen	entfällt
Beschwerderecht	Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde (Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg, Königstraße 10a, 70173 Stuttgart, Tel.: 0711/61 55 41 0, E-Mail: poststelle@lfdi.bwl.de), wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.